

1. September:

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde

Seit 1959 gehen Gewerkschaften und Friedensgruppen unter dem Motto „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!“ jährlich am 1. September, dem Jahrestag des Überfalls der deutschen Wehrmacht auf Polen 1939, für eine friedliche Welt auf die Straße. Damit soll an die schrecklichen Folgen von Krieg, Gewalt und Faschismus erinnert werden.



Was haben wir heute? Die Bundesregierung plant, die Rüstungsausgaben auf zwei Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung (BIP) nahezu zu verdoppeln. Zwei Prozent, das sind mindestens weitere 30 Milliarden Euro, die im zivilen Bereich fehlen, so bei Schulen und Kitas, sozialem Wohnungsbau, Krankenhäusern, öffentlichem Nahverkehr, Kommunalen Infrastruktur, Alterssicherung, ökologischem Umbau, Klimagerechtigkeit und internationaler Hilfe zur Selbsthilfe.

Das diesjährige Motto des Deutschen Gewerkschaftsbundes lautet:

**„Gegen einen neuen Rüstungswettlauf
Die Waffen müssen endlich schweigen!“**

„Nie wieder Krieg!“ – das ist und bleibt unsere Grundüberzeugung. Jeder Krieg ist ein Angriff auf die Menschheit und die Menschlichkeit.

Und diese Angriffe auf die Menschheit und Menschlichkeit haben – auch nach 1945 – eine lange und todbringende Geschichte. Diese Angriffe wüteten und wüten weiterhin, teilweise seit Jahrzehnten, in Kriegen und Bürgerkriegen: Tod, Zerstörung und Flucht – so lautet ihre fürchterliche Bilanz.

Wir denken u.a. an:

- den Krieg in Vietnam
- den Krieg in Jugoslawien
- den Krieg in Libyen
- den Krieg in Syrien
- den Krieg im Donbass
- und heute vor allen an den Krieg in der Ukraine

Mit dem Bürgerkrieg im Donbass seit 2014 und der russischen Invasion in der Ukraine im Februar dieses Jahres ist der Krieg – seit dem NATO-Überfall auf Jugoslawien 1999 – wieder zurück in Europa! Selbst den Einsatz nuklearer Waffen ist nicht mehr ausgeschlossen, seit Strategen ihn mit „kleinen

Atomwaffen“ wieder für gewinnbar halten. Die Waffen müssen endlich schweigen – überall auf der Welt!

Die europäische und internationale Friedens- und Sicherheitsordnung liegt in Trümmern. Diese tiefe Zäsur zwingt uns, neue Antworten zu finden.

Die deutsche Bundesregierung hat mit einem 100-Milliarden schweren Sondervermögen sowie der Erhöhung des sog. Verteidigungshaushaltes auf 2 % des Bruttonationalproduktes reagiert. In den letzten Monaten haben Themen, wie das für die bessere Ausrüstung der Bundeswehr oder die Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine, die öffentliche und politische Auseinandersetzung in den Leitmedien geprägt. Sie hat sich immer stärker auf den Einsatz militärischer Mittel verengt. Eine Diskussion über die Frage einer Beendigung des Krieges in der Ukraine findet in diesen Medien, aber auch bei den politischen Akteuren von CDU / FDP / SPD / Grünen in den Parlamenten und an der Basis kaum statt. Und wenn sich eine Stimme für Verhandlungen mit konkreten Vorschlägen findet, berichten die Leitmedien nicht darüber – wie z.B. über einen im Mai erfolgten Vorschlag der italienischen Regierung für einen Friedensprozess in der Ukraine.

Mit unserer Kundgebung am diesjährigen Antikriegstag warnen wir vor einer weiteren Militarisierung der öffentlichen Debatte. Der Ukraine-Krieg darf uns nicht zu dem Irrglauben verleiten, Frieden ließe sich mit Waffen schaffen

Deshalb wollen wir ein Zeichen setzen:

- **für eine europäische und internationale Friedensordnung**, die auf den Menschenrechten und den Prinzipien der Freiheit, dem Selbstbestimmungsrecht der Völker und der sozialen Gerechtigkeit beruht und in der sich die Sicherheitsbedürfnisse aller wiederfinden müssen. Die Bundesregierung fordern wir auf, sich hierfür europa- und weltweit einzusetzen und Friedensvorschläge für den Krieg in der Ukraine zu unterstützen.
- **für eine Sicherheitsstrategie der Bundesregierung**, der ein breites Sicherheitsverständnis zugrunde liegt, das zentrale Aspekte wie die Bewältigung der Folgen des Klimawandels, die Bekämpfung von Pandemien, die Sicherung der Energie- und Rohstoffversorgung und den Aufbau widerstandsfähiger internationaler Liefer- und Wertschöpfungsketten umfasst. Gleichzeitig fordern wir, zivile Instrumente der Diplomatie, der Entwicklungszusammenarbeit und einer fairen Handelspolitik, der humanitären Hilfe und der Konfliktprävention im Rahmen der neuen Strategie deutlich aufzuwerten.

Nein zu

- **gegen einen neuen weltweiten Rüstungswettlauf**. Gerade der Ukraine-Krieg zeigt, wie wichtig es ist, am Ziel einer weltweit kontrollierten Abrüstung festzuhalten. Die Festlegung der Bundesregierung, den deutschen Rüstungshaushalt dauerhaft auf das Zwei-Prozent-Ziel der NATO oder darüber hinaus aufzustocken, lehnen wir auch deshalb entschieden ab. Außerdem fordern wir die Bundesregierung auf, mit dem angekündigten

Rüstungsexportkontrollgesetz umgehend für eine deutliche Beschränkung von Waffenexporten zu sorgen.

- **für eine weltweite Ächtung von Atomwaffen**. Alle Nuklearmächte modernisieren derzeit ihre Atomwaffenarsenale. Dieser Wahnsinn muss beendet werden! Dabei sehen wir auch die Bundesregierung in der Pflicht: Wir fordern sie auf, an dem im Koalitionsvertrag formulierten Ziel eines atomwaffenfreien Deutschlands festzuhalten, aus der nuklearen Teilhabe auszusteigen und die Lagerung von Atomwaffen in unserem Land zu beenden. Das bedeutet für uns auch, dass Deutschland dem UN Atomwaffenverbotsvertrag beitreten muss.

Kontakt: goettinger-friedensforum@lists.posteo.de

Weitere Infos: <https://www.friedenskooperative.de/>

v.i.S.d.P: G.Siebecke, Göttingen